

Freigabe von Cannabis? Eine medizinische Intervention

Kurt Blaas

Europaweit nimmt die Legalisierung von Cannabis für Genusszwecke an Fahrt auf. Als erstes EU-Land hat Malta den Cannabis-Konsum und den Anbau für Eigenbedarf legalisiert. Das Parlament hat mit 36 zu 27 Stimmen für ein Gesetz gestimmt, das Erwachsenen den Besitz von bis zu sieben Gramm Cannabis sowie den Anbau von bis zu vier Pflanzen erlaubt. Auch Erwachsenen in Luxemburg wird es künftig erlaubt sein, bis zu vier Cannabis-Pflanzen in Heim und Garten zu halten und straffrei Cannabis zu konsumieren. Heuer startet auch in der Schweiz ein Modellprojekt für die legale Abgabe von Cannabis. Erwachsene ab 18 Jahren sollen Cannabis in Apotheken kaufen können. Das Bundesamt für Gesundheit ermöglicht mehrere entsprechende Projekte in Zürich, Basel, Genf und Bern. Die Städte kooperieren dabei mit Vollzugs- und Strafverfolgungsbehörden.

Auch in Österreich schwenkt die öffentliche Meinung in Richtung Legalisierung. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Unique Research, das vom Wochenmagazin Profil in Auftrag gegeben und am 26. Februar 2022 veröffentlicht wurde, spricht sich eine relative Mehrheit der Österreicher:innen für eine Legalisierung von Cannabis aus. Befragt, ob es gesetzlich erlaubt werden soll, dass Cannabis zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften an Erwachsene verkauft werden darf, antworten 26% mit „ja, absolut“ und 23% mit „eher ja“. 23% wollen die Legalisierung wiederum „auf keinen Fall“, 17% sind „eher“ dagegen, der Rest der Befragten machte keine Angabe.

Wichtiger als diese Umfrageresultate ist jedoch die sehr große Zustimmung für die Abgabe von Cannabis-Blüten aus medizinischen Gründen: 78% sind dafür (51% antworten mit „ja, absolut“, 27% mit „eher ja“), 15% sind dagegen (8% sagen „auf keinen Fall“, 7% „eher nein“).

Was bedeuten diese Umfrageergebnisse nun für ein Land, dessen Politik immer den restriktiven Umgang mit Cannabis forciert und die Entwicklung in liberal eingestellten Ländern wie Holland, Luxemburg und Deutschland weitestgehend ignoriert hat? Es bedeutet meiner Ansicht nach, dass signifikante Teile der österreichischen Bevölkerung im Umgang mit Freund:innen, Bekannten und Verwandten erfahren haben, dass Cannabis als Medizin einen bedeutenden therapeutischen Nutzen erbringt. Und es bedeutet meiner Interpretation nach auch, dass es einen verborgenen, „sozialmedizinischen Konsum“ von Cannabis gibt um so die hohen Kosten von offiziell zugelassenen Cannabis-Medikamenten wie Dronabinol zu umgehen. Als Cannabis-Mediziner verfolge ich seit über 20 Jahren die Entwicklungen auf diesem Gebiet und habe in der medizinischen Praxis festgestellt, dass der Einsatz von Cannabinoiden bei psychopathologischen Indikationen, bei Erkrankungen wie z. B. Multiple Sklerose, bei schweren Tumorerkrankungen, Depressionen und posttraumatischen Belastungsstörungen wesentliche Verbesserungen der subjektiven wie objektiven Befindlichkeiten erbringt.

Keine generelle Freigabe, aber eine gesetzliche Basis für Medizinalhanf

Ich bin derzeit gegen eine generelle Freigabe von Cannabis in Österreich, denn dafür gibt es hierzulande keine ausreichende Expertise, keine geeignete Infrastruktur und keine Pilotprojekte um Nutzen und Gefahren evaluieren zu können. Wohl aber befürworte ich eine gesetzliche Basis für die Abgabe von Medizinalhanf. Die Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin appelliert seit Jahren an die Gesundheitsminister, für eine Gesetzesänderung im Sinne der Patient:innen zu sorgen. Doch seit Jahren stoßen Experten und betroffene Patient:innen auf taube Ohren. Während Österreichs Nachbarländer – mit Ausnahme von Ungarn – längst auf eine liberale, zeitgemäße Gesetzeslage setzen, dominieren in der heimischen Politik Ideenlosigkeit und mangelndes Interesse für die Anliegen der

Patient:innen. Eine Heilbehandlung mit qualitätsgesicherten Cannabis-Blüten und pflanzlichen Extrakten, so wie diese in Deutschland seit 2017 möglich ist, ist in Österreich nach wie vor illegal. Zulässig ist nur die Behandlung mit synthetischem und halbsynthetischem Cannabis, meist in Form von Dronabinol. Die monatlichen Kosten liegen für Patient:innen mit chronischen Erkrankungen bei 400 bis 600 Euro. Eine Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen erfolgt derzeit allerdings nur für eine relativ kleine Anzahl von Betroffenen.

Dabei wäre die Verwendung von Cannabis-Substanzen bzw. Cannabis Pflanzen für viele Patient:innen eine gleichermaßen medizinisch sinnvolle wie auch kostengünstige Alternative. Aus meiner Sicht ist eine Legalisierung von Medizinalhanf nur mehr eine Frage der Zeit, denn die Patient:innen werden sich nicht weiterhin mit überteuerten synthetischen Produkten abfertigen lassen, sobald leistbare, hochwertige Extrakte und Cannabis-Blüten zur Verfügung stehen. Und diese Patient:innen haben ein Recht darauf, nicht länger kriminalisiert zu werden sobald sie Cannabis aus sozialmedizinischen Gründen konsumieren. In der Cannabis-Forschung ist schon länger bekannt, dass sich die therapeutische Wirksamkeit der Cannabispflanze nicht auf Einzelsubstanzen oder synthetische Derivate beschränken lässt und Full-spectrum-Medikamente weitaus besser wirken als die (halb)synthetischen Alternativen.

Agentur für die Abgabe von medizinischem Cannabis notwendig

Die längst überfällige Legalisierung von Medizinalhanf sollte jedoch auf Grundlage einer entsprechenden Infrastruktur erfolgen. Es bräuchte nicht nur Abgabestellen, dessen Personal in der Lage ist, die ärztlichen Verschreibungen fachgerecht umzusetzen. Denn es gibt nicht den Medizinalhanf schlechthin, sondern viele unterschiedlichen Sorten von medizinisch wirksamen Cannabis-Blüten. In Deutschland werden derzeit rund 50 Sorten zur medizinischen Anwendung gebracht. Als Beispiel für eine erfolgreiche, liberale Regelung könnte man Israel

hernehmen, das in staatlich kontrollierten Stellen Cannabis-Blüten ausgibt. Dabei wird präzise darauf geachtet, wer Blüten für welche Zwecke und in welchen Mengen und Dosierungen braucht. Ähnliche Best-Practise Beispiele gibt es in Kanada und den Vereinigten Staaten. Und auch Österreich bräuchte eine eigenständige Agentur für die Abgabe von medizinischem Cannabis und Cannabis-Extrakten um die gebotenen Qualitätsstandards gewährleisten zu können.

Angesichts der internationalen Entwicklungen und angesichts der Tatsache, dass Österreich im Rahmen seiner Gesundheitsagentur AGES sowie freien Anbietern, die Blüten in vitro bereits hochwertige Cannabis-Blüten für den Export produziert, erscheint die österreichische Politik der absichtsvollen Ignoranz wie ein Relikt des vergangenen Jahrhunderts. Es wäre ein Gebot der Stunde die Freigabe von Medizinalhanf jetzt und nicht irgendwann zu ermöglichen. Zwei Jahre der Pandemie und jetzt ein Krieg in Europa belasten viele meiner Patient:innen, denen mit natürlichen Cannabis-Präparaten besser geholfen werden könnte als mit herkömmlichen Medikamenten wie z.B. Neuroleptika, Antidepressiva und Beruhigungsmitteln. Aber insbesondere für vulnerable Gruppen, deren Gesundheitsstatus durch Polypharmazie sowie Multimorbidität charakterisiert ist, wäre die fachkundige Verschreibung und Abgabe von Cannabis-Blüten ein wesentlicher Beitrag zu einer höheren Lebensqualität. Gleichfalls wäre der Einsatz von Blüten und Extrakten in der Palliativmedizin angezeigt.

Was die Kriminalisierung von Cannabis angeht, so gibt es bereits wirksame, nicht stigmatisierende Alternativen zu einer harten Strafverfolgung. Vor mehr als zwanzig Jahren hat Portugal Drogen entkriminalisiert. Bis zu einer bestimmten Menge ist der Besitz und Konsum eine Ordnungswidrigkeit und keine Straftat. Abhängige bekommen Hilfe statt Gefängnisstrafen. Erwischt die Polizei in Portugal jemanden mit mehreren Gramm Marihuana, verhaftet sie die Person nicht für eine Straftat, sondern schickt sie zu Ärztinnen und Psychologen. Seit zwanzig Jahren gilt der Besitz und Konsum von Cannabis in Portugal als Ordnungswidrigkeit so wie auch das Falschparkern. Es gilt dort also das Opportunitätsprinzip der Strafverfolgung

und nicht – so wie in Österreich - das Legalitätsprinzip. Kurzum - eine sanftere Form des Umgangs mit Cannabis-Delikten hätte zudem den Vorteil, dass das umfangreiche Budget für Strafverfolgungsverfolgungsbehörden in Präventionsprogramme, insbesondere für gefährdete Jugendlichen, umgelenkt werden könnte.

Dr. Kurt Blaas ist Allgemeinmediziner und seit über 20 Jahren auf Cannabis-Medizin spezialisiert.